Weitergeleiteter Artikel aus der «NZZ am Sonntag» vom 06.10.2013, Seite 20:

Grenzerfahrung

Populist ist heute schnell gesagt

Marina Masoni

Der Populismus ist eine weit verbreitete politische Einstellung, doch immer stärker ist heute auch die Tendenz, alles als populistisch abzustempeln, was nicht den Massstäben der politischen Korrektheit entspricht. In einem beschreibenden Sinne ist Populismus eine politische Auffassung, die das Volk als ein homogenes Wesen, höchsten Bezugspunkt und Träger positiver Werte sieht. Die populistischen Bewegungen haben deshalb meist einen charismatischen Leader, der direkt mit dem Volk kommuniziert.

In einem zweiten, abwertenden Sinne ist Populismus die Tendenz, oberflächliche, demagogische, unrealistische Antworten auf gesellschaftliche Fragen zu geben, mit dem Ziel, einen unmittelbaren breiten Konsens zu schaffen. Diese Art von Populismus ist eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat.

In der Schweiz kennen wir beide Phänomene. Ein Beispiel für eine populistische Bewegung im ersteren Sinne ist die Lega dei Ticinesi. Diese fordert unter anderem mehr Subventionen für Einheimische und zugleich massive Steuersenkungen. Die historischen Parteien sehen darin ein Dilemma, das gelöst werden muss, weil die Staatsverschuldung stark ansteigen würde. Für eine populistische Bewegung besteht dieser Widerspruch nicht, weil für sie Staatsverschuldung kein Problem darstellt.

Der Begriff Populist wird allerdings immer häufiger nicht zum Beschreiben oder Definieren, sondern nur zum Abwerten benutzt. Gewiss gibt es demagogische Forderungen, doch nicht alle Vorschläge, die den Erwartungen und Befürchtungen der Bevölkerung Rechnung tragen, sind demagogisch. Wenn eine Partei mehr Ordnungshüter will, weil Diebstahl und Überfälle angestiegen sind, oder strengere Strafgesetze für Schwerverbrecher, ist das noch längst kein Populismus. Es sind Lösungsansätze für reale Probleme. Erst recht in unserer Konsensdemokratie sollen die Vorschläge aus allen politischen Lagern und alle Impulse ernst genommen werden, um wirksame, realisierbare Lösungen zu finden.

Auch politisch unkorrekte Ideen sind existenzberechtigt. Nötig sind die Auseinandersetzung, die Prüfung - und nicht die Verteufelung. Die Erfahrungen im Tessin haben gezeigt, dass vorurteilslos und gründlich debattierte populistische Ideen manchmal populär, manchmal unpopulär sind.

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.